



Presseschau vom 11.01.2022

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, snanews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dnr-news, novorosinform u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken dan-news, lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir, UNIAN, Ukrinform, KorrespondenT und die Online-Zeitung Timer aus Odessa* ein. Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dan-news, lug-info, dnr-news, novorosinform u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (BigMir, Ukrinform, UNIAN, KorrespondenT und Timer) gekennzeichnet. Die Wiedergabe russischer und anderer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet. Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Die Online-Version ist unter <https://alternativepresseschau.wordpress.com/> erreichbar.

Außer der Reihe – Lesetipps:

snanews.de: **OVKS-Friedensmission in Kasachstan: Gesetzliches Recht der Republik – Militärexperte**

Es war ein Test für Kasachstans Bereitschaft, seine Unabhängigkeit, territoriale Integrität und Souveränität zu verteidigen. Der Vizepräsident des Nationalen Instituts für globale Sicherheitsstudien, Wladimir Kosin, hat im Gespräch mit SNA die Entsendung der OVKS-Friedenstruppen nach Kasachstan kommentiert. ...

<https://snanews.de/20220110/ovks-friedensmission-kasachstan-militaerexperte-4957935.html>

Wladimir Sergijenko: **Am Vorabend einer neuen Jalta-Konferenz**

Der russische Präsident Wladimir Putin und sein US-Kollege telefonierten über die Köpfe der EU-Europäer hinweg, um über die gegenseitigen Sicherheitsgarantien zu verhandeln. Der EU-Außenbeauftragte Borrell wendet sich gegen ein "Jalta 2.0". Verhindern kann er es nicht, weil seine Union kein Gewicht hat. ...

<https://kurz.rt.com/2s3o>

abends/nachts:

snanews.de: **Unruhen in Kasachstan: Präsident nennt Details zu Herkunft und Zielen der Radikalkämpfer**

Laut dem kasachischen Präsidenten Kassym-Jomart Tokajew haben ausländische Kämpfer aus Afghanistan und dem Nahen Osten an Massenprotesten im Land teilgenommen. Er bezeichnete die eskalierten Proteste als „einen gut organisierten kriegerischen Akt gegen Kasachstan unter Beteiligung ausländischer Kämpfer hauptsächlich aus zentralasiatischen Ländern, darunter Afghanistan. Es gab auch Kämpfer aus dem Nahen Osten“, hieß es auf Tokajews offizieller Website am Montag.

Der Plan dieser Aktionen bestand dem Präsidenten zufolge darin, in Kasachstan eine Zone des kontrollierten Chaos mit anschließender Machtergreifung zu schaffen. „Daher wurde in Kasachstan eine Anti-Terror-Operation gestartet“, so Tokajew weiter.

Der wirtschaftliche Schaden durch diese Unruhen könnte zwei-drei Milliarden US-Dollar betragen, sagte der kasachische Staatschef bei Verhandlungen mit dem Präsidenten des Europäischen Rates, Charles Michel.

Tokajew nannte die Ereignisse im Land einen beispiellosen Akt der Aggression und des Eingriffs in die Staatlichkeit Kasachstans. Ihm zufolge führten die gewaltsamen Aktionen zu zahlreichen Opfern unter Polizeibeamten und Zivilisten. ...



https://cdn1.snnews.de/img/07e6/01/05/4906413_0:89:2189:1320_1920x0_80_0_0_1c18b4a2637dc1726f12392d1a27e60e.jpg

wpered.su: **Kommunisten aus Tores übergaben Kindern in Sachanka humanitäre Hilfe**

Humanitäre Hilfe für Kinder wurde in das Dorf Sachanka gebracht. Sie wurde von der gesellschaftlichen Bewegung „Frauenverband – Nadeshda Donbassa“ gemeinsam mit den Kommunisten aus Tores gesammelt, teilt ein Korrespondent von „Wperjod“ mit.

„Dieses Mal haben wir Neujahrsgeschenke in die Schule und die Kindertagesstätte gebracht. Wir haben Kleidung, Schuhe, Schreibmaterial, Bücher, Spielzeug und Süßigkeiten übergeben. Für den Kindergarten in Sachanka haben wir speziell Neujahrsgeschenke vom Kollektiv des Toreser Kindergartens „Romaschka“ überbracht“, berichtete die Vertreterin des Toreser Stadtkomitees der KP der DVR und der örtlichen Organisation der gesellschaftlichen Bewegung „Frauenverband – Nadeshda Donbassa“ Irina Guz.

snnews.de: **Präsident Tokajew: OVKS-Friedensmacht bleibt in Kasachstan bis zur Normalisierung der Lage**

Die Friedenskräfte der Organisation des Vertrages über die kollektive Sicherheit (OVKS) werden laut Präsident Kassym-Schomart Tokajew so lange in Kasachstan bleiben, bis sich die Situation im Land normalisiert hat.

„Die OVKS-Friedensmacht wurde gemäß den Artikeln 2 und 4 des Vertrages über die kollektive Sicherheit stationiert. Sie bleibt im Land bis zur vollständigen Normalisierung der Lage“, wurde Tokajew von seinem Pressedienst am Montag zitiert.

Somit korrigierte der Staatschef die jüngste Äußerung seines Sprechers Berik Uali, wonach die Friedensmission in Kasachstan höchstens eine Woche dauern werde.

OVKS-Generalsekretär Stanislaw Sas zufolge wird die Aufenthaltsdauer „von Beschlüssen der Republikführung“ abhängen. Nach Abschluss der Operation würden die Truppen abgezogen.

Das unter anderem an Russland und China angrenzende Kasachstan kommt seit mehr als einer Woche nicht zur Ruhe. Unmut über gestiegene Treibstoffpreise an den Tankstellen in dem öl- und gasreichen Land schlug in Schanaosen und Aktau in Proteste gegen die Staatsführung um, die sich schnell auf andere Regionen ausweiteten.

Gewaltsame Ausschreitungen in Kasachstan

Es kam zu Krawallen und Pogromen, darunter in Kasachstans größter Metropole Almaty. Terroristen und Kriminelle steckten Regierungsgebäude, Polizei- und Krankenwagen in Brand, plünderten zahlreiche Banken und Geschäfte, darunter Waffenläden. Tokajew rief bis zum 19. Januar landesweit den Notstand aus und ersuchte die OVKS um Hilfe. „Es geht um einen versuchten Staatsstreich, um eine Attacke auf die Integrität des Staates“, betonte er.

Über 160 Tote und rund 1000 Verletzte

Seinen Angaben zufolge wurden während der Krawalle 17 Sicherheitskräfte getötet. Wie viele Zivilisten ums Leben kamen, werde noch geklärt. Das Staatsfernsehen hatte zuvor unter Berufung auf das Gesundheitsministerium von mehr als 160 Todesopfern gesprochen. Rund 1000 Menschen seien verletzt worden, hieß es.



https://cdn1.snanews.de/img/07e6/01/0a/4958105_16:0:2443:1365_1920x0_80_0_0_c0cad06c97170a17f589f05472dc4519.jpg

de.rt.com: Russland schließt Kompromisse bei Genfer Gesprächen aus

Der stellvertretende russische Außenminister Sergei Rjabkow hat Kompromisse Russlands bei den Gesprächen mit den USA in Genf ausgeschlossen. Er betonte, dass es den USA obliege, ihre sicherheitspolitische Haltung anzupassen, während Russland sich strikt an die zuvor veröffentlichten Forderungen halten werde.

Die russische Seite hat nicht die Absicht, von der Position abzuweichen, die sie bereits in den Vorschlägen zur Gewährleistung der europäischen Sicherheit bei den Gesprächen mit den Vereinigten Staaten in Genf formuliert und erläutert hat. Dies erklärte der stellvertretende russische Außenminister Sergei Rjabkow, so der russische Fernsehsender Perwy Kanal. Er sagte:

"Die US-amerikanische Seite muss sich auf Kompromisse einstellen. Die russische Seite ist mit einer klaren Position hierhergekommen, die eine Reihe von Elementen enthält, die meiner Meinung nach ganz klar sind und so deutlich artikuliert wurden, auch auf höchster Ebene, dass es einfach keine Abweichung von unseren Ansätzen geben kann."

Am Vorabend fanden in Genf erste Konsultationen zwischen der russischen und der US-

amerikanischen Delegation im Rahmen eines Abendessens mit Rjabkow und der US-amerikanischen Unterstaatssekretärin Wendy Sherman als Vizeaußenministerin statt. Nach dem Treffen bezeichnete Rjabkow das Treffen als "großartig", ging aber nicht auf Einzelheiten ein. Am Ende des Gesprächs sagte der stellvertretende russische Außenminister: "Überwältigend. Das Gespräch war schwierig, aber sachlich. Ich denke, wir werden morgen keine Zeit verlieren."

Das US-Außenministerium gab nach Konsultationen eine Erklärung ab, in der es sich auf Shermans Worte berief, wonach souveräne Staaten das Recht haben, selbst zu entscheiden, welchen Bündnissen sie beitreten wollen. In der Erklärung heißt es:

"Die Staatssekretärin betonte, dass die Vereinigten Staaten den internationalen Grundsätzen der Souveränität, der territorialen Integrität und der Freiheit souveräner Nationen, ihre Bündnisse selbst zu wählen, verpflichtet sind."

Sherman betonte jedoch, dass die USA die europäische Sicherheit nicht ohne die europäischen Verbündeten diskutieren würden.

Heute sagte Rjabkow, dass Moskau in den Gesprächen mit den USA über Sicherheitsgarantien die Fähigkeit der USA prüfen wolle, in einer für die europäische Sicherheit schwierigen Zeit verantwortungsvolle Entscheidungen zu treffen.

Am 17. Dezember 2021 hatte Moskau die Sicherheitsforderungen Russlands an die Vereinigten Staaten von Amerika veröffentlicht. Einer der wichtigsten Punkte darin: Die USA müssen sich verpflichten, eine weitere Osterweiterung der NATO auszuschließen und sich weigern, Staaten in das Bündnis aufzunehmen, die früher ein Teil der UdSSR waren. Die USA sollten auch keine Militärstützpunkte auf dem Territorium ehemaliger Sowjet- und Nicht-NATO-Staaten errichten oder deren Infrastruktur für militärische Aktivitäten nutzen oder eine bilaterale militärische Zusammenarbeit mit ihnen entwickeln.

Trotz der klaren Sprache der Forderungen Russlands sagte der US-Außenminister Antony Blinken am 22. Dezember, dass unter den Forderungen solche seien, die eindeutig inakzeptabel seien, und solche, über die man reden könne. Die Parteien einigten sich darauf, dies am 10. Januar 2022 in Genf zu tun.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2022.01/article/61dc9b0f48fbef0eb9468dab.jpg>

snanews.de: **Nato-Nichterweiterung ein Schlüsselpunkt für Russland – Außenamt**

An diesem Montag haben die ersten Konsultationsgespräche über Sicherheitsgarantien zwischen Moskau und Washington stattgefunden. Das Hauptthema ist dabei die Nichterweiterung der Nato gewesen. Doch in dieser Frage hat es bislang laut dem russischen Vizeaußenminister Sergej Rjabkow kaum Fortschritte gegeben.

Die Frage der Nichterweiterung der Allianz ist ein Schlüsselthema für die nationale Sicherheit der Russischen Föderation, so der Minister am Montag bei einem Briefing. „Die Lage ist so gefährlich, dass wir es uns nicht länger leisten können, dieses Grundthema

hinauszuschieben“, erklärte er. Nichtsdestotrotz sei in dieser Frage kein Fortschritt erreicht worden.

Moskau braucht laut Rjabkow konkrete Garantien, dass die Ukraine und Georgien niemals Nato-Mitglied würden.

„Wir haben es satt, unproduktive Gespräche zu führen, von Halbversprechen, von Fehlinterpretationen, die oft in Verhandlungen hinter verschlossenen Türen passiert sind. Wir vertrauen der anderen Seite nicht. Wir brauchen konkrete, legitime Garantien, keine Versprechen, sondern Garantien“, betonte er.

Moskau habe den amerikanischen Kollegen erklärt, dass es keine Pläne habe, die Ukraine „anzugreifen“. Alle Maßnahmen zur Ausbildung der russischen Streitkräfte werden ausschließlich auf russischem Staatsgebiet durchgeführt, erklärte Rjabkow.

Moskau sehe allerdings nicht, dass die amerikanische Seite bereit sei, die für Russland wichtigsten Fragen bei den Sicherheitsgarantien in einer solchen Weise zu lösen, die für Moskau in Ordnung wäre, so der Minister.

„Wir erwarten nicht, dass der Westen in einer Reihe der vorgelegten Fragen Flexibilität zeigt“, sagte der russische Politiker nach Konsultationen mit der amerikanischen Seite.

Zum Schluss soll bei den Verhandlungen in Genf auch auf die Frage eines künftigen Ersatzvertrags für START eingegangen worden sein. Dieses Thema stand aber nicht im Vordergrund.

USA über Gespräche in Genf: Fortschritte möglich

Die USA halten es laut ihrer Vertreterin für möglich, Fortschritte bei den Verhandlungen zu Sicherheitsfragen mit Russland zu erzielen.

„Wir glauben, dass wir Fortschritte erzielen können (...) Die USA werden echte Fortschritte durch Diplomatie begrüßen“, sagte die stellvertretende US-Außenministerin Wendy Sherman am Montag gegenüber Reportern.

Moskau habe die Truppenkonzentration in der Nähe der ukrainischen Grenzen mit Übungen begründet, aber niemanden im Voraus darüber informiert, kritisierte Sherman. Um die Spannungen um die Ukraine abzubauen, forderte sie einen Truppenabzug.

„Sie haben die Möglichkeit zu beweisen, dass sie nicht einmarschieren werden, indem sie die Situation deeskalieren und die Truppen in die Kaserne zurückbringen“, sagte Sherman.

Das Thema der amerikanischen Truppenanzahl in Europa sowie die Situation in Kasachstan wurde am Montag laut der stellvertretenden US-Außenministerin nicht erörtert.

Verhandlungen über Sicherheitsgarantien

Am 17. Dezember richtete Moskau an Washington und die Nato den Entwurf eines Vertrags über gegenseitige Sicherheitsgarantien. Entsprechend dem Vertragstext soll die Nato auf die Erweiterung gen Osten und die Aufnahme ehemaliger Sowjetrepubliken verzichten.

Washington und Moskau haben vereinbart, die Verhandlungen über das russische Sicherheitsangebot am 10. Januar aufzunehmen. Am 12. Januar sollen dann

Konsultationsgespräche zwischen Moskau und der Nato stattfinden. Für den 13. Januar sind Beratungen zu Sicherheitsgarantien im Rahmen der OSZE geplant.



https://cdn1.snnews.de/img/07e6/01/0a/4949410_0:0:3443:1938_1920x0_80_0_0_46f1340a05a9613d0e57207ad1501abf.jpg

de.rt.com: **US-Außenminister Blinken: Russland strebt Wiederherstellung der Sowjetunion an**

Aus Sicht der USA bemüht sich der russische Präsident Wladimir Putin darum, jene Ordnung wiederherzustellen, die zu den Zeiten der Sowjetunion bestanden hatte. Für Washington sei dies inakzeptabel, teilte US-Außenminister Antony Blinken in einem Interview mit.

Im Gespräch mit CNN am Sonntag wurde der US-Spitzendiplomat gefragt, ob er mit dem ehemaligen US-Verteidigungsminister Leon Panetta übereinstimme, nach dessen Ansicht der russische Präsident Wladimir Putin von dem Wunsch getrieben sei, die UdSSR wiederherzustellen. Darauf antwortete Blinken:

"Ich denke, das stimmt. Ich denke, das ist eines der Ziele von Präsident Putin, den Einflussbereich über Länder wiederherzustellen, die früher Teil der Sowjetunion waren."

Der US-Außenminister fügte hinzu, dass die USA ein solches Bestreben für inakzeptabel hielten, da eine Welt der Einflussbereiche ein "Rezept für Instabilität, ein Rezept für Konflikte und ein Rezept, das zu Weltkriegen geführt hat", sei.

Im Vorfeld der anstehenden Gespräche über die Sicherheitsgarantien zwischen Moskau und Washington, die am Montag und Dienstag in Genf stattfinden, erklärte Blinken, die US-amerikanische Seite sei entschlossen, alle notwendigen Schritte zu unternehmen, um die Spannungen aufgrund der Situation in der Ukraine auf friedliche Weise zu lösen. Jeder Fortschritt in dieser Richtung sei jedoch nur "auf der Grundlage der Gegenseitigkeit" möglich, so der US-Diplomat.

Blinken hielt es zudem für "schwer vorstellbar", dass "in einer Atmosphäre der Eskalation und mit einer Waffe am Kopf der Ukraine" tatsächliche Fortschritte erzielt werden könnten, und er appellierte daher an Moskau, Schritte zur Deeskalation zu unternehmen. Er sagte:

"Wir sind dem Dialog und der Diplomatie verpflichtet, um zu sehen, ob wir diese Herausforderungen friedlich lösen können. Das ist bei Weitem der zu bevorzugende Weg, es ist bei Weitem der verantwortungsvollste Weg. Aber wir sind auch bereit, sehr entschlossen gegen Russland vorzugehen, wenn es sich für Konfrontation oder Aggression entscheidet."

Die USA haben zuvor wiederholt ihre Besorgnis wegen angeblicher Pläne Moskaus geäußert, die Sowjetunion wieder ins Leben rufen zu wollen. Im vergangenen Monat hatte die US-Unterstaatssekretärin für außenpolitische Angelegenheiten Victoria Nuland dem russischen Präsidenten Wladimir Putin vorgeworfen, die UdSSR als sein "Vermächtnisprojekt" wiederherstellen zu wollen. Diese Möglichkeit schloss der Kremlsprecher Dmitri Peskow in einem Kommentar entschieden aus. Auch der russische Präsident selbst hatte zuvor eine Wiederherstellung der Sowjetunion stets als sinnlos und unzweckmäßig bezeichnet.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2022.01/article/61dc3d4b48fbef4a7e6c8387.jpg>

snanews.de: **Ukraine-Konflikt: Westen droht, russische Exporte zu drosseln**

Die vom Westen für den Fall einer „Invasion“ in die Ukraine durch Russland konzipierten kollektiven Sanktionen beinhalten massive Beschränkungen für russische Ausfuhren. Wie US-Vizeaußenministerin Wendy Sherman am Montag in Genf sagte, sind auch Restriktionen gegen die wichtigsten Finanzinstitute Russlands geplant.

„Wir sind bereit, (Russland) diesen hohen Preis in Abstimmung mit unseren Partnern und Verbündeten abzuverlangen. Ein wichtiger Teil der Sanktionen sind Maßnahmen der Exportkontrolle, die gegen die wichtigsten Branchen (der russischen Wirtschaft) gerichtet sind“, sagte die Diplomatin nach Abschluss der Verhandlungen mit einer Delegation Russlands.

Als Reaktion auf den möglichen „Einmarsch“ Russlands in die Ukraine sei ferner geplant, Zusatzkräfte der Nato auf dem Territorium von Allianzmitgliedsländern zu stationieren und mehr Verteidigungswaffen an die Ukraine zu liefern, hieß es.

Zuvor hatte die russische Abordnung in Genf ein weiteres Mal darauf hingewiesen, dass Moskau keine Aggressionspläne gegen das Nachbarland habe. Die Truppenkonzentration im grenznahen Raum zur Ukraine erklärt Russland mit Manövern.



https://cdn1.snanews.de/img/07e6/01/0a/4959647_0:255:2735:1793_1920x0_80_0_0_424976f35294d85d11f407b50c40dd92.jpg

de.rt.com: **"USA spielen mit dem Feuer" – Lawrows Vize erklärt in Genf, was für Russland nicht verhandelbar ist**

Der Chef der russischen Delegation für die diplomatischen Krisengespräche in Genf Sergei

Rjabkow hat nach dem Treffen mit seiner US-Kollegin eine große Pressekonferenz gegeben. Er nannte drei Positionen Russlands, die unter keinen Umständen verhandelbar seien. Nach dem neunstündigen Treffen der russischen und US-amerikanischen Delegationen am 10. Januar in Genf hat der Leiter der russischen Delegation, der russische Vizeaußenminister Sergei Rjabkow, eine Pressekonferenz gegeben. Sein Gegenpart auf US-Seite war Vizeaußenministerin Wendy Sherman.

Das Gespräch wertete Rjabkow als "professionell und konkret". "Wir hatten den Eindruck, dass die US-Seite die russischen Vorschläge ernst genommen hat", sagte er. Die Seiten haben sich allerdings um keinen Deut einander angenähert. Aus russischer Sicht gibt es drei Schlüsselaspekte, die nicht verhandelbar sind.

- Rechtliche Garantien für einen NATO-Verzicht auf eine weitere Osterweiterung. Dieser Aspekt gilt als "absoluter Imperativ".
- Rechtliche Garantien, dass keine Kampfsysteme an Russlands Grenze aufgestellt werden, "die auf unserem Territorium Ziele abschießen können". Auch dieser Aspekt sei obligatorisch.
- Die NATO muss "im Grunde genommen" auf die militärische Erschließung der Territorien von nach dem Jahr 1997 in die NATO eingetretenen Staaten verzichten.

Der Leiter der russischen Delegation betonte, dass weitere Gespräche nur dann möglich sind, wenn bei allen drei Positionen Fortschritte erzielt werden. "Die Karten liegen auf dem Tisch. Wir machen und tun, was wir denken. Diplomatie setzt einen Interessenausgleich vor. Aber hier können wir nicht zurückweichen."

Von der westlichen Seite wird ein Entgegenkommen erwartet. "Die NATO muss sich auf Russland zubewegen." Auch die Gespräche über Abrüstungskontrolle hängen davon ab. Fragen der strategischen Stabilität seien nur am Rande besprochen worden.

"Sachlichkeit gibt zwar etwas Anlass zum Optimismus. Aber wir sehen nicht, dass die US-Seite Verständnis dafür hat, dass für uns die Lösung dieser Fragen in für uns akzeptablem Sinne unerlässlich ist."

Für die US-Seite stand die Frage einer von den Westmedien behaupteten "russischen Invasion" in der Ukraine und der "Stationierung von 100.000 russischen Soldaten im Grenzgebiet zur Ukraine" im Mittelpunkt. Die USA hätten in diesem Zusammenhang Drohungen ausgesprochen, sagte Rjabkow.

Im Laufe seiner Pressekonferenz betonte er mehrfach, dass Russland nicht vorhat, in der Ukraine einzufallen. Dies sei ein Zeichen dafür, dass Russland keinen diplomatischen Handel treibe. Zu den russischen Militärübungen sagte er: "Solche Trainingsmaßnahmen werden wir weiterhin durchführen, egal was gesagt wird."

Der Diplomat wies darauf hin, dass die Zusammenarbeit der NATO mit der Ukraine im Vergleich zu vielen NATO-Staaten weiter fortgeschritten ist. "Das ist für uns viel gefährlicher." Ständige Militärflüge, die Hafennutzung durch die Marine, Simulationen von Atomschlägen gegen die Krim oder Flüge von Militärhubschrauber über Dniepr in Kiew seien dafür ein Beispiel. Kiew nannte Rjabkow wie in Russland oft üblich "Mutter russischer Städte".

Im Laufe des Pressegesprächs, das mehr als eine Stunde dauerte, betonte Rjabkow mehrmals Russlands Entschlossenheit, nicht von seiner Position abzuweichen. Die Beharrlichkeit der USA nannte er "Spiel mit dem Feuer".

"Wir sind nicht nach Genf gekommen, damit das alles in einer Sackgasse verläuft. Wir haben uns sehr bemüht zu zeigen, dass das Spiel mit dem Feuer nicht in deren (der USA) Interesse ist. Die Matrix unserer Beziehungen muss grundlegend geändert werden."

Rjabkow unterstrich, dass es jetzt keinen Sinn ergebe, konkret über die russischen Gegendrohungen gegen die NATO-Staaten zu sprechen. Sonst wären diese russischen Vorschläge ein Ultimatum gewesen. Er erklärte aber auch, dass die Aufstellung von US-Waffensystemen auf europäischem Territorium dazu führen könnte, dass "diese Länder unter ungünstigen Umständen leiden werden".

Obwohl die Erwartungen der russischen Seite gedämpft sind, sagte Rjabkow, dass das Treffen in Genf nützlich war. "Die Nützlichkeit des Treffens besteht darin, dass wir zum ersten Mal über Fragen gesprochen haben, die früher ausgeklammert waren. Das übt einen gesundenden Effekt auf unsere Beziehungen zum Westen aus." Geplant seien noch zwei Treffen – am 12. Januar mit der NATO und am 13. Januar mit der OSZE. "Danach werden wir schauen, ob es sich lohnt, die Gespräche fortzuführen."

"Wir hoffen, dass bei der NATO das Verständnis die Oberhand gewinnt, dass ein NATO-Schritt auf Russland zu notwendig ist. Wenn dies wider Erwarten nicht passiert, dann wird eine Entscheidung getroffen werden, mit Abwägung aller Faktoren. Um nichts vorwegzunehmen, kann ich allerdings sagen, dass man es vermeiden möchte, dass die NATO wieder Fehler macht, die der europäischen Sicherheit ernsthaften Schaden zufügen können", sagte der russische Diplomat.



<https://i.ytimg.com/vi/qd4dXUH1SHo/sddefault.jpg>

vormittags:

de.rt.com: Ukraine fordert US-Senat auf, Sanktionen gegen Nord Stream 2 zu unterstützen

Der ukrainische Präsident Selenskij hat über Twitter die US-Senatoren aufgefordert, Maßnahmen gegen Nord Stream 2 zu unterstützen. Er dankte auch den Senatoren Ted Cruz und Chuck Schumer, die sich bereit erklärt hatten, das Sanktionsdokument zur Abstimmung zu stellen.

Kiew hat die US-Senatoren aufgefordert, das Gesetz über Sanktionen gegen Nord Stream 2 zu unterstützen. Dies erklärte der ukrainische Präsident Wladimir Selenskij. Auf seinem Twitter-Account schrieb er:

"Die Ukraine bittet alle ihre Freunde im US-Senat, die Gesetzgebung zum Schutz der europäischen Energiesicherheit zu unterstützen."

Selenskij dankte auch den Senatoren Ted Cruz und Chuck Schumer, die sich bereit erklärt hatten, das Dokument zur Abstimmung zu stellen.

Zuvor hatte die Zeitung The Hill berichtet, dass der Senat bis zum 14. Januar über das Thema

abstimmen soll. Der Gesetzentwurf befasst sich mit Beschränkungen im Zusammenhang mit dem Bau von Pipelines. Sechzig Mitglieder des Oberhauses des Kongresses müssen die Initiative unterstützen, damit sie angenommen wird. Nord Stream 2 ist eine Gaspipeline mit einer Kapazität von 55 Milliarden Kubikmetern pro Jahr, die von der russischen Küste durch die Ostsee nach Deutschland führen soll. Das Projekt wird von den USA, die ihr Flüssigerdgas in der EU fördern, und von der Ukraine, die den Verlust des Transits befürchtet, heftig bekämpft.

Russland hat wiederholt gefordert, dass Nord Stream 2 nicht mehr im Zusammenhang mit jeglicher Politisierung erwähnt werden darf, da es sich um ein kommerzielles Projekt handelt, das sowohl Russland als auch der EU zugutekommt.



<https://cdn.rti.com/deutsch/images/2022.01/article/61dc94c6b480cc37a509371b.jpg>

Telegram-Kanal der Vertretung der LVR im GZKK: Am 10. Januar 2022 wurde eine Verletzung des Regimes der Feueinstellung von Seiten der bewaffneten Formationen der Ukraine festgestellt.

Molodjoshnoje wurden mit Granatwerfern (insgesamt 17 Granaten) beschossen. Informationen über Verletzte und Schäden werden noch ermittelt.

snanews.de: **200 Millionen US-Dollar: Washington sagt Kiew heimlich weitere Militärhilfen zu – CNN**

Die Biden-Administration hat Ende Dezember in aller Stille zusätzliche 200 Millionen US-Dollar an Militärhilfen für die Ukraine genehmigt. Darüber berichtet der US-amerikanische Sender CNN unter Verweis auf vier mit der Angelegenheit vertraute Personen am Dienstag. Demnach wurde der Kongress noch Anfang des Monats durch die amerikanische Regierung über die neue Genehmigung unauffällig benachrichtigt, teilten zwei von diesen Personen mit. Das Biden-Kabinettt schien das neue Paket vor den Gesprächen zwischen Russland und USA zu Sicherheitsgarantien aus dem Rampenlicht heraushalten zu wollen, so zwei Quellen aus dem Kongress.

Einige Beamte wussten über die zusätzliche Militärhilfe über geheime Kanäle, so zwei der Quellen. Dabei handelt es sich größtenteils um gleiche Verteidigungsausrüstung, die Washington bereits in der Vergangenheit an Kiew bereitgestellt hätte, wie etwa Kleinwaffen und Munition, sichere Funkgeräte, medizinische Ausrüstung und Ersatzteile, hieß es weiter. Wie ein Beamter des US-Außenministeriums gegenüber CNN mitteilte, werde die Lieferung des neuen Pakets wahrscheinlich einige Zeit in Anspruch nehmen. Eine andere Lieferung von Ausrüstung im Wert von 60 Millionen US-Dollar, die im letzten Sommer genehmigt wurde, stehe erst jetzt kurz vor dem Abschluss, so der Beamter.

„Ich werde nicht auf jede einzelne Tranche und Aktualisierung der Sicherheitshilfe eingehen. Der Punkt ist: Wir haben der Ukraine im letzten Jahr mehr Sicherheitshilfe gegeben als jemals

zuvor seit 2014. Diese Lieferungen werden fortgesetzt, wie erst in den letzten Wochen, und in den kommenden Wochen sind weitere geplant“, sagte ein Sprecher des US-Außenministeriums dem Sender.

Die USA leisten der Ukraine bereits auf fortlaufender Basis Militärhilfe und sollen 2021 bisher etwa 400 Millionen US-Dollar bereitgestellt haben. Seit 2014 beläuft sich die US-Unterstützung für die ukrainischen Sicherheitskräfte nach Angaben des Weißen Hauses auf 2,5 Milliarden US-Dollar. ...



https://cdn1.snnews.de/img/07e5/0c/01/4526508_0:481:1440:1291_1920x0_80_0_0_60af3dc995337888bbd25ed6cd0bfbe5.jpg

dnr-sckk.ru: Täglicher Bericht über Verletzungen des Regimes der Feueinstellung für den Zeitraum vom 10. Januar 3:00 Uhr bis 11. Januar 3:00 Uhr

In den letzten 24 Stunden hat die Vertretung der Donezker Volksrepublik im GZKK zwei Verletzungen des unbefristeten Regimes der Feueinstellung von Seiten der BFU mitgeteilt. Das Territorium der DVR wurde in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie der Vereinbarungen über einen Waffenstillstand mit folgenden Waffen beschossen:
Es folgt eine genaue Auflistung der eingesetzten Waffensysteme (Anm. d. Übers.).

In der Beschusszone von Seiten der BFU befand sich folgende Ortschaften: **Gorlowka (Siedlung des Gagarin-Bergwerks), Wesjoloje.**

Opfer unter der Zivilbevölkerung oder Schäden an ziviler Infrastruktur wurden im Berichtszeitraum nicht festgestellt.

Die Gesamtzahl der von den BFU eingesetzten Geschosse beträgt 5.

In den vorangegangenen 24 Stunden wurden 4 Verletzungen des Regimes der Feueinstellung von Seiten der BFU festgestellt.

de.rt.com: Medienberichte: Westliche Sanktionen gegen Russland könnten Bumerang-Effekt haben

Berichten zufolge hat die US-Regierung eingeräumt, dass eine neue Runde von Sanktionen gegen Russland sowohl der Welt- als auch der US-Wirtschaft ernsthaften Schaden zufügen würde. Dies sei aber kein Grund, das Vorhaben aufzugeben.

Neue Sanktionen gegen Russland würden trotz der potenziell schädlichen Auswirkungen für die USA und ihre westlichen Verbündeten im Falle eines militärischen Konflikts mit der Ukraine eingeführt werden. Darauf wiesen mehrere Vertreter der Regierung von US-Präsident Joe Biden gegenüber dem Sender CNN hin. Washington beschuldigt Moskau, eine Invasion in die Ukraine zu planen, was der Kreml als Falschmeldung zurückweist.

Im erwähnten CNN-Bericht werden mindestens zwei Analysen zitiert, die das Finanz- und das Außenministerium der USA in den letzten Wochen durchgeführt haben. Diese kamen zu dem Ergebnis, dass die Sanktionen gegen den russischen Energiekonzern Gazprom und die

Zentralbank des Landes katastrophale Folgen für den Westen selbst haben könnten. Sollten die Sanktionen eingeführt werden, würden sie die weltweite Wirtschaft lähmen, indem sie die Gaspreise in die Höhe treiben oder den europäischen Handel und die Investitionen nach Russland zu einem für den EU-Block ungünstigen Zeitpunkt behindern würden.

Die negativen Auswirkungen könnten in dem Wahljahr wie ein Bumerang auch auf die USA zurückfallen. Die zitierten Beamten wiesen außerdem auf die angebliche Gefahr möglicher Cyberangriffe auf kritische Infrastrukturen in den USA und Europa hin.

Washington beschuldigte Russland bereits zuvor, hinter einer Reihe von Cyberangriffen zu stecken. Anfang dieses Monats setzte das FBI einen Russen auf seine Fahndungsliste, weil er Ransomware im Wert von Millionen von US-Dollar gegen zahlreiche Opfer, darunter Unternehmen und Regierungsstellen, eingesetzt haben soll. Im April vergangenen Jahres kündigten die USA bereits Sanktionen gegen Russland an, die als Reaktion auf Cyberangriffe und andere feindselige Handlungen gelten sollten. Moskau hat alle Anschuldigungen bestritten und angekündigt, mit Spiegelsanktionen reagieren zu wollen. Ein hochrangiger Vertreter der US-Regierung erklärte dazu:

"Alle Kosten, die wir tragen würden, im Vergleich zu den Auswirkungen, die wir auf die russische Wirtschaft und das Finanzsystem erzielen, würden verblassen."

Die USA und eine Reihe ihrer westeuropäischen Partner haben Russland mit nicht näher bezeichneten "verheerenden Konsequenzen" gedroht, sollte der Kreml in der Ukraine militärisch aktiv werden. Zu den potenziellen Sanktionen gehören offenbar auch Maßnahmen gegen große russische Geschäftsbanken und den russischen Energiesektor, die Sperrung des Zugangs Russlands zu den Anleihemärkten, der Ausschluss des Landes vom internationalen Zahlungssystem SWIFT und die Verschärfung von Ausfuhrkontrollen.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2022.01/article/61dc26e748fbef4a89461c6d.jpg>

Lug-info.com: In der LVR sind am 11. Januar um 9:00 Uhr 21.693 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert und bestätigt.

299 Personen sind derzeit erkrankt, 18.293 Personen nach zwei negativen Tests als vollständig genesen entlassen.

Seit Beginn der Pandemie gibt es 3101 Todesfälle.

snanews.de: **Fehlinformationen nach Genf-Treffen verbreiten? Russische Botschaft weist US-Vorwurf zurück**

Die russische Botschaft in den USA hat Washingtons Herangehensweise an Verhandlungen kritisiert und Äußerungen zurückgewiesen, dass Moskau angeblich über die Gespräche in Genf lügt. Eine entsprechende Mitteilung erschien auf Facebook am Dienstag.

Auf Aussagen der Pressesprecherin des Weißen Hauses, Jen Psaki, dass Russland Fehlinformationen über die Ergebnisse der Sicherheitsgespräche in Genf verbreiten könnte,

antwortete die russische Botschaft:

„Solche Unterstellungen weisen wir entschieden zurück. Die russischen offiziellen Erklärungen entsprechen vollkommen der Realität. Unser Land hatte von Anfang an eine maximale Transparenz demonstriert, was diesen Dialog angeht.“

Die russische Botschaft hob hervor, dass der Verhandlungsansatz von den USA herabgestuft wurde.

„Unsererseits erwarten wir von der amerikanischen Seite eine gegenseitige Offenheit,“ so die Botschaft. „Wir fordern unsere Kollegen auf, unvernünftige Spekulationen mit ihren Beratungspartnern einzustellen (...)“

Anlass für die Verhandlungen in Genf war der Vorschlag zu Sicherheitsgarantien, den Moskau an Washington übergeben hatte und der Bestimmungen über einen gegenseitigen Nichteinsatz von Mittel- und Kurzstreckenraketen, über den Verzicht auf die weitere Nato-Osterweiterung mit ehemaligen sowjetischen Republiken und über die Reduzierung der Zahl von Militärübungen enthält.

Am Montag hatten die ersten Konsultationsgespräche über Sicherheitsgarantien zwischen Moskau und Washington stattgefunden. Das Hauptthema war dabei die Nichterweiterung der Nato gewesen. Doch in dieser Frage hatte es bislang laut dem russischen Vizeaußenminister Sergej Rjabkow kaum Fortschritte gegeben. Nun stehen die Konsultationsgespräche zwischen Moskau und der Nato bevor. Für den 13. Januar sind Beratungen zu Sicherheitsgarantien im Rahmen der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit (OSZE) geplant.



https://cdn1.snnews.de/img/07e5/0b/06/4228839_0:18:3073:1746_1920x0_80_0_0_8d03485c902cf952dc3ef9505942c000.jpg

Mzdnr.ru: Am 10. Januar wurden in der DVR 2331 Tests auf Coronavirusinfektion durchgeführt, davon waren 247 positiv, bei 44 Patienten wurde die Diagnose Covid-19 klinisch gestellt.

In den letzten 24 Stunden wurden 61 Fälle von Lungenentzündung entdeckt, 29 mehr als am vorangegangenen Tag. Davon wurden 40 ins Krankenhaus eingewiesen.

Insgesamt sind 706 Personen mit Lungenentzündung in Behandlung, davon 533 mit Sauerstoffunterstützung (+20 in den letzten 24 Stunden).

Am 11. Januar um 9:00 Uhr sind in der DVR insgesamt 119.542 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert.

2062 Patienten sind derzeit in Behandlung (stationär und ambulant), 108.138 als gesund entlassen, es gibt 9342 Todesfälle.

de.rt.com: **US-Vizeaußenministerin: Werden niemandem erlauben, "die offenen Türen der NATO zuzuschlagen"**

Nach den Gesprächen in Genf hat Washington Moskau erneut zu einer "Deeskalation" in der Ukraine aufgerufen. Auf die Forderungen Russlands nach gegenseitigen Sicherheitsgarantien erwiderten die USA, sie würden "niemandem erlauben, die offenen Türen der NATO zuzuschlagen".

Am 10. Januar haben in Genf die diplomatischen Verhandlungen zwischen Russland und den USA zur Situation in der Ukraine sowie den Forderungen Moskaus nach gegenseitigen Sicherheitsgarantien stattgefunden. In Bezug auf die Ergebnisse der Gespräche sowie weitere diplomatische Perspektiven zeigte sich Washington im Anschluss an das Treffen eher kühl. In einer Telefonkonferenz mit Journalisten nach den fast achtstündigen Gesprächen schätzte US-Vizeaußenministerin Wendy Sherman die Verhandlungen mit ihrem Amtskollegen Sergei Rjabkow zurückhaltend als "offen und direkt" ein und teilte mit, beide Seiten hätten ihre Sicherheitsbedenken dargelegt. Washington soll aber der russischen Seite klar gemacht haben, dass einige Vorschläge für die USA inakzeptabel seien:

"Wir haben uns jedoch entschieden gegen Sicherheitsvorschläge gewehrt, die für die USA einfach nicht in Frage kommen."

Der Diplomatin zufolge werden die USA einen Abbruch der aktuellen NATO-Politik nicht zulassen. Sie verwies darauf, dass es sich hierbei um eine "Zusammenarbeit souveräner Staaten" handele. Zudem würde Washington keine Entscheidungen in Fragen über die Ukraine, Europa oder die NATO treffen, ohne alle Belange mit den Bündnispartnern geklärt zu haben. Sherman erklärte:

"Wir werden niemandem erlauben, die offenen Türen der NATO zuzuschlagen."

Die US-Seite soll sich jedoch bereit gezeigt haben, Gespräche über Konfliktthemen wie die Begrenzung von Manövern oder die Stationierung von Raketen weiterzuführen. Sherman habe aber Moskau erneut mit harten Konsequenzen gedroht, falls Russland in die Ukraine einmarschiere.

Im Anschluss an die Verhandlungen in Genf sprach auch die Sprecherin des Weißen Hauses Jen Psaki vor allem von einer angeblichen Bedrohung der Ukraine durch Russland. Sie äußerte ihre Hoffnung darauf, dass Moskau den diplomatischen Weg einschlagen und "seine 100.000 Soldaten an der Grenze zur Ukraine zurück in die Kasernen" verlegen werde:

"Während dieses Treffens wurde natürlich eine Reihe von Themen erörtert, einschließlich einer Wiederholung dessen, was auf dem Spiel steht, falls sie sich entscheiden, voranzukommen und in die Ukraine einzumarschieren."

Angesichts der NATO-Präsenz im Schwarzen Meer vor der Küste Russlands sowie der Vorwürfe seitens Kiews und der westlichen Staaten über angebliche Vorbereitungen einer Invasion in die Ukraine war Moskau mit Vorschlägen über rechtsverbindliche gegenseitige Sicherheitsgarantien an die Allianz herangetreten. Unter anderem fordert Russland weniger großangelegte Militärübungen in Europa, eine Rüstungskontrolle sowie das Verbot einer Stationierung von NATO-Waffen auf dem Territorium der Ukraine.

Am 12. Januar findet eine Sitzung des NATO-Russland-Rates statt. Im Rahmen dieser Gespräche will Moskau die Verhandlungen über die geforderten Sicherheitsgarantien fortsetzen.



<https://cdn.rt.com/deutsch/images/2022.01/article/61dd39f648fbef0eb9468dd7.jpg>

Dan-news.info: Alle 32 Objekte des sozialen Bereich (Bildung und Gesundheitswesen) in Jasinowataja, die bei Beschüssen beschädigt wurden, sind inzwischen wieder aufgebaut und funktionieren normal.

de.rt.com: **Nach tagelangen Unruhen: Kasachstan hat neuen Regierungschef**

Während sich die Lage in Kasachstan weiter beruhigt, hat Präsident Toqajew angekündigt, dass das Parlament mit Älichan Smajylow einen neuen Regierungschef gewählt hat. Toqajew gab außerdem bekannt, dass die russischen Friedenstruppen der OVKS ihre Mission erfolgreich abgeschlossen haben und in wenigen Tagen das Land verlassen werden. Die Ex-Sowjetrepublik Kasachstan hat nach tagelangen schweren Ausschreitungen einen neuen Regierungschef. Das Parlament des zentralasiatischen Landes stimmte am Dienstag für Älichan Smajylow, der den Posten bereits übergangsweise nach der Entlassung der alten Regierung vor gut einer Woche inne hatte, wie das Staatsfernsehen berichtete. Präsident Kassym-Schomart Toqajew hatte kurz zuvor den 49-Jährigen als Ministerpräsidenten vorgeschlagen.

In der öl- und gasreichen Ex-Sowjetrepublik, die unter anderem an Russland grenzt, war Unmut über gestiegene Treibstoffpreise in Proteste gegen die Staatsführung umgeschlagen. Neben friedlichen Demonstrationen kam es auch zu gewaltsamen Ausschreitungen, insbesondere in der Millionenstadt Almaty. Toqajew hatte angesichts der Unruhen ein von Russland geführtes Militärbündnis um Unterstützung gebeten. Es gab zahlreiche Tote und Verletzte.

Indes näherte sich die Zahl der Festnahmen der Marke von 10.000. Das Innenministerium sprach der Agentur Tengrinews zufolge davon, dass während der Unruhen etwa 9.900 Menschen in Gewahrsam gekommen seien.

Toqajew teilte dem Parlament am Dienstag auch mit, dass der von Russland geführte Militärblock "Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit" (OVKS) in zwei Tagen mit dem Abzug seiner Truppen aus Kasachstan beginnen wird. Dies geschieht nach fast einer Woche der Unruhen, der mit Abstand schlimmsten Gewalt in der 30-jährigen unabhängigen Geschichte des ehemaligen Sowjetstaates.

Auf dem Höhepunkt der Krise in der vergangenen Woche wurde eine Mission mit mehr als 2.000 Soldaten und militärischem Gerät entsandt, da die Befürchtung bestand, dass Moskau die Anwesenheit seiner Streitkräfte nutzen würde, um seinen Einfluss in Kasachstan zu stärken.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2022.01/article/61dd2af948fbef106b7a4bfc.jpg>

de.rt.com: Ukraine: Lebensmittelmarken per Smartphone, doch welcher Bedürftige hat das schon

Das Büro des Präsidenten der Ukraine erwägt die Einführung von Lebensmittelmarken. Das ist nicht nur ein Anzeichen einer schweren Wirtschaftskrise im Land, sondern auch eines mangelnden Vorausdenkens der Regierung – sollen die Marken doch nur per Smartphone ausgeteilt werden.

Das Büro des ukrainischen Präsidenten Wladimir Selenskij prüft aktuell die Möglichkeit, in der Ukraine Lebensmittelmarken nach Vorbild der US-Sozialdienste einzuführen. Nach Angaben des Wirtschaftsberaters des Präsidenten, Oleg Ustenko, sollen diese in Form elektronischer Gutscheine über Dija, eine staatliche Smartphone-App, ausgestellt werden, ähnlich der bereits eingeführten staatlichen Sozialleistungs-App "e-Podderschka".

Diese merkwürdige Idee ist auf den Anstieg der Lebensmittelpreise zurückzuführen. Dieser kam durch einen starken Anstieg der Marktpreise für russisches Erdgas zustande. Diesen Lösungsvorschlag argumentiert Ustenko so: Unter ukrainischen Bedingungen würde zum Beispiel eine – selbst nur vorübergehende – Senkung oder Aufhebung der Mehrwertsteuer auf Lebensmittel für den Staatshaushalt Mehraufwand bei der Steuerverwaltung und so zusätzliche Kosten nach sich ziehen; auch würde sie den Wettbewerb zwischen Herstellern und Händlern von Lebensmitteln beeinträchtigen. "Unter unseren Bedingungen ist dies ein zusätzliches Risiko für die Wirtschaft", folgert er. Daher nannte der

Wirtschaftswissenschaftler eine gezielte finanzielle Unterstützung Bedürftiger eine akzeptablere Option. Von der ukrainischen Ausgabe des Online-Portals der BBC wird er in einem analytischen Leitartikel so zitiert:

"Die Position des Präsidialamtes ist mehr als eindeutig: Die am meisten gefährdeten und ungeschützten Bevölkerungsschichten sollten zuerst Unterstützung erhalten. Wie? Die Varianten werden geprüft. Dabei kann es sich um zusätzliche Zahlungen zum Ausgleich steigender Preise oder um die Einführung von Lebensmittelmarken im Dija-System handeln – sogenannte 'Food Stamps', wie dies in den Vereinigten Staaten praktiziert wird."

Ustenko betonte, dass es sich dabei um Anti-Krisen-Maßnahmen handele, "die bei Bedarf eingeführt werden können".

Der Plan mit den elektronischen Lebensmittelmarken ist jedoch – gerade in den Bedingungen der Ukraine – auf keinen Fall gut durchdacht. Zu den bedürftigsten Bevölkerungsgruppen gehören nämlich zum Beispiel auch diejenigen, die sich auch ohne finanzielle Schwierigkeiten nur äußerst selten ein App-fähiges Smartphone zulegen würden – etwa Rentner. Das Nachrichtenportal Vesti.ua brachte dies sehr bissig auf den Punkt:

"Leider konnte er nicht erklären, was Menschen ohne Smartphone im Falle dieser 'Anti-

Krisen-Maßnahmen' tun sollen: Denn auf ein Budget-Handy bekommt man nicht bloß Dija, sondern überhaupt keine Anwendung installiert. Andererseits ist es nicht schwer, sich vorzustellen, wie Ustenko den Ausweg aus dieser Situation sieht – den Kauf von Smartphones durch die Ukrainer auf Kosten des Staates. Auch das wieder durch 'Dija' ..."



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2022.01/article/61dd488948fbef10765ef621.jpg>

nachmittags:

snanews.de: **EU-Arzneimittelagentur erkennt Produktionsstandards von Sputnik-V an – Gamaleja-Institut**

Spezialisten der EU-Arzneimittelagentur (EMA) haben die Produktionsstandards von „Sputnik V“ anerkannt, erklärte der stellvertretende Direktor des Gamaleja-Instituts Denis Logunow in einem Interview für das russische staatliche Fernsehen am Dienstag.

„Dieser Teil der Arbeit zur Anerkennung von gerade Produktionsstandards, zur Anerkennung von dem, wie die klinischen Prüfungen durchgeführt wurden, gerade zu diesem Thema war die EMA bereits da, und wir haben keine kritischen Anmerkungen zur Durchführung von klinischen Studien, wir haben ein positives Gutachten bekommen“, so Logunow.

Außerdem betonte der Wissenschaftler, dass es in der Zukunft wichtig sei, die Produktionsstandards der Europäischen Union, Russlands und Chinas miteinander in Einklang zu bringen.

„Sputnik V“ war am 11. August 2020 als erstes Corona-Vakzin der Welt offiziell registriert worden. Der Impfstoff ist nun in 71 Ländern mit einer Bevölkerungszahl von rund vier Milliarden Menschen freigegeben. Nach der Zahl staatlicher Zulassungen liegt „Sputnik V“ an zweiter Stelle in der Welt.

Mitte Dezember 2021 hatte die WHO erklärt, dass der Impfstoff wahrscheinlich im ersten Quartal 2022 anerkannt wird. Der Europadirektor der WHO, Hans Kluge, hatte betont, dass der Gesundheitssektor außerhalb der Politik liegen sollte und die Herkunft des Medikaments keine Rolle spielen würde.



https://cdn1.snanews.de/img/07e5/0c/13/4742533_0:180:3073:1908_1920x0_80_0_0_fb405e68b36a1a7d424813189c422b77.jpg

de.rt.com: **Schwedisches Verteidigungsministerium: Russland bedroht europäisches Sicherheitssystem**

Der schwedische Verteidigungsminister Peter Hultqvist hat die Forderung Russlands kritisiert, die Ukraine nicht in die NATO aufzunehmen. Moskau habe sich damit über das Völkerrecht hinweggesetzt und das europäische Sicherheitssystem bedroht, so Hultqvist.

Russlands Politik stelle das europäische Sicherheitssystem infrage und bedrohe es. Das teilte der schwedische Verteidigungsminister Peter Hultqvist laut dem schwedischen Fernsehsender SVT mit.

Hultqvist erklärte, Russland habe mit seiner Forderung, die Ukraine nicht in die NATO aufzunehmen, das Völkerrecht missachtet. Damit stelle Moskau das Selbstbestimmungsrecht anderer Länder infrage. Nach Ansicht von Hultqvist sollte Stockholm aktiver mit der NATO zusammenarbeiten, die zusammen mit der Europäischen Union eine wichtige Sicherheitsplattform darstelle. Er sagte:

"Dies ist unsere eigene Entscheidung und beruht auf einem Beschluss des schwedischen Parlaments. So sollte es auch sein. In dieser Angelegenheit gibt es keinen Raum für Kompromisse."

Zuvor hatte der estnische Verteidigungsminister Kalle Laanet erklärt, dass die EU und die NATO mit einer eindeutigen Bedrohung durch Russland konfrontiert seien, das angeblich andere Länder daran hindere, friedlich und demokratisch zu leben. Im Dezember 2021 wies der estnische Präsident Alar Karis darauf hin, dass die USA und die NATO-Länder die Erklärung Russlands zu den Sicherheitsgarantien nicht berücksichtigen sollten, die vorsieht, dass der Block nicht nach Osten expandiert.

Der stellvertretende Außenminister Lettlands, Andzej Vilumsons, sprach ebenfalls über die Unfähigkeit, die russischen Forderungen nach Sicherheitsgarantien zu erfüllen, einschließlich der Nichtaufnahme der Ukraine in die NATO und die EU. Er sagte:

"Dies würde gegen alle Grundsätze verstoßen, auf die wir uns geeinigt haben und die die internationale Gemeinschaft im zwanzigsten Jahrhundert angenommen hat."

Die russischen Behörden ihrerseits sehen in der NATO-Osterweiterung eine direkte Bedrohung für die Sicherheit des Landes. Im November letzten Jahres erklärte der russische Präsident Wladimir Putin, dass Moskau verlässliche und langfristige Sicherheitsgarantien benötige, da die NATO-Streitkräfte nahe an Russlands Grenzen stünden.

Am 17. Dezember übermittelte das russische Außenministerium den USA und der NATO einen Vertragsentwurf über Sicherheitsgarantien. Moskau schlug unter anderem vor, auf die Einrichtung von Militärstützpunkten in den ehemaligen Sowjetstaaten und auf militärische Aktivitäten auf dem Gebiet der Ukraine zu verzichten.

Am Vortag fanden zweistündige Gespräche zwischen der russischen und der US-amerikanischen Delegation über Sicherheitsgarantien statt. Der russische stellvertretende Außenminister Sergei Rjabkow bezeichnete sie als schwierig, aber geschäftsmäßig. Der Haupttag der Gespräche zwischen Russland und den USA in Genf war für Montag angesetzt. Der Russland-NATO-Rat wird am Mittwoch in Brüssel tagen, die Russland-OSZE-Gespräche am Donnerstag in Wien.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2022.01/article/61dc47ef48fbef4bbf5739bb.jpg>

snanews.de: **Kasachstans Präsident nennt Termin für Abzug der OVKS-Friedenstruppe**

Der Abzug der Friedenstruppen der Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit (OVKS) aus Kasachstan wird am Donnerstag, dem 13. Januar, beginnen. Darüber informierte der Präsident der Republik, Kassym-Jomart Tokajew, am Dienstag in seiner Rede vor dem Parlament.

„Die Hauptmission der Friedenstruppe der OVKS ist erfolgreich abgeschlossen, in zwei Tagen soll der schrittweise Abzug des vereinten Friedenskontingents der OVKS beginnen. Er wird höchstens zehn Tage dauern“, sagte Tokajew.

In der vergangenen Woche hatte sich Tokajew vor dem Hintergrund der in Kasachstan aufgeflammt Unruhen an die OVKS mit der Bitte um Hilfe gewandt. Die Bündnispartner entsandten daraufhin eine Friedenstruppe nach Kasachstan. Ihre Aufgabe besteht darin, staatliche, militärische und sozial bedeutsame Objekte zu bewachen.

Bitte an OVKS war rechtmäßig

„Der Angriffsplan gegen Kasachstan hatte eine ganze Reihe von Aspekten umfasst (...) Insofern dies eine bewaffnete Aggression vonseiten des internationalen Terrorismus bedeutet, hat sich Kasachstan rechtlich substantiiert an seine Partner im Vertrag über kollektive Sicherheit mit der Bitte gewandt, ein Friedenskontingent zu entsenden (...) Denn wir hätten die Kontrolle über Almaty vollständig verlieren können“, sagte der kasachische Präsident. Die bevölkerungsreichste Stadt des Landes hätte den Terroristen zum Zerfleischen überlassen werden können, ergänzte er.

„Hätten wir Almaty verloren, hätten wir auch die Hauptstadt und dann das ganze Land verloren (...) Mit dem Einzug des Friedenskontingents in der Hauptstadt haben wir es vermocht, zusätzliche Spezialverbände nach Almaty zu verlegen und die Stadt zu retten“, betonte Tokajew.

Staatsstreichversuch ist gescheitert

Er konstatierte, dass der Staatsstreichversuch im Land gescheitert ist. Der Präsident erklärte, dass die Spitzenphase der Antiterroroperation im Land im Ganzen vorbei sei und die Situation in allen Regionen stabil sei.

„Der versuchte Staatsstreich, das Vergreifen an der Integrität des Landes ist gescheitert. Wir

haben gemeinsam, als eine einheitliche Nation, Almaty und andere Gebietszentren verteidigt. Sie sollen in kürzestmöglicher Zeit wiederaufgebaut und noch schöner werden", sagte der Präsident.



https://cdn1.snnews.de/img/07e6/01/0b/4964743_0:0:1920:1080_1920x0_80_0_0_54553c92a4614602a922f140bbc6329d.jpg

armiyadnr.su: **Pressekonferenz des offiziellen Vertreters der Volksmiliz am 11.01.2022**

In den letzten 24 Stunden wurden **zwei Verletzungen des Komplexes von Zusatzmaßnahmen** zur Kontrolle der Einhaltung des Regimes der Feueinstellung von Seiten der ukrainischen Kämpfer festgestellt.

In Richtung Gorlowka haben Kämpfer des 3. Luftlandebataillons der 95. Brigade von den Positionen im Gebiet von Nowgorodskoje aus das **Gagarin-Bergwerk** mit einem 82mm-Mörser beschossen und ein Mörsergeschoss auf die Siedlung abgeschossen.

In Richtung Donezk haben Kämpfer des 21. Panzergrenadierbataillons der 56. Brigade auf Befehl des Kriegsverbrechers Sirtschenko von den Positionen im Gebiet von Peski aus **Wesjoloje** mit Granatwerfern, großkalibrigen Maschinengewehren und Schusswaffen beschossen.

Es wurde festgestellt, dass in Verletzung des dritten Punktes der Zusatzmaßnahmen vier Stück **Waffen und Militärtechnik** der BFU in drei Ortschaften auf dem von Kiew kontrollierten Territorium stationiert sind.

Aus dem Bestand der 53. mechanisierten Brigade:

zwei Abwehrrokettenkomplex 9K33 „Osa“ in einem Wohngebiet in Kasjanowka;

ein Komplex der elektronischen Kriegsführung „Bukowel-AD“ in der Nähe von Granitnoje.

Aus dem Bestand der 36. Marineinfanteriebrigade:

ein gepanzertes Aufklärungs- und Spähfahrzeug in der Nähe von Wohnhäusern in Pawlopol.

Die ukrainische Seite blockiert weiter die Funktion von Drohnen der OSZE. So hat der Gegner, um die Erfassung von verbotenen Waffen der 95., 25. und 53. Brigade durch Beobachter der Mission zu verhindern, Stationen der elektronischen Kriegsführung

„Bukowel-AD“ aus dem Bestand mobiler Gruppe des 502. und 305. Bataillons für elektronische Kriegsführung eingesetzt, um die Leitungs- und Navigationskanäle von Drohnen der OSZE-Mission bei Flügen in den Gebieten von Leninskoje, Andrejewka,

Nowokalinowo, Berdytschi, Tarassowka, Nowoandrejewka, Andrejewka, Starowarwarowka, Artjomowo, Dylejewka, Osarjanowka und Granitnoje zu blockieren.

Die nicht zufriedenstellende professionelle Ausbildung und der schlechte moralisch-psychische Zustand der Soldaten der ukrainischen Streitkräfte sowie die Tatsache, dass sich die Kommandeure der Einheiten der Ausübung ihrer dienstlichen Pflichten entziehen, sind die Ursachen der anhaltenden **Zunahme der nicht kampfbedingten Verluste** in der OOS-Zone.

Gestern gerieten zwei Soldaten der 25. Luftlandebrigade auf den Positionen im Gebiet von Awdejewka bei der Annahme/Übergabe eines Beobachtungspunkts auf ein eigenes Minenfeld. Bei einer Detonation erlitten beide tödliche Detonationsverletzungen. Bei einer medizinischen Expertise wurde entdeckt, dass die Kämpfer betrunken waren.

Propagandisten der Einheiten für informationspsychologische Operationen der ukrainischen Streitkräfte, Korrespondenten von ukrainischen und ausländischen Massenmedien haben die Arbeit zur Erstellung inszenierter Reportagen in der OOS-Zone im Vorfeld der bevorstehenden Verhandlungen „Russland-NATO“ verstärkt. Dazu ist im Verantwortungsbereich der 95. Brigade eine gemischte Abteilung der Kräfte für informationspsychologische Operationen der operativ-taktischen Gruppierung „Ost“ eingetroffen, um die Aktivitäten der Filmteams des ukrainischen Fernsehsender „1+1“ und des deutschen Journalisten Nikolaj Berdnik von der Deutschen Welle zu koordinieren. Außerdem bemerken wir weiter die Ankunft von Mitgliedern nationalistischer Formationen in der OOS-Zone. So wurde festgestellt, dass im Verantwortungsbereich des 1. Bataillons der 25. Brigade im Gebiet von Nowoselwoka Wtoraja eine Sturmkompanie von nationalistischen Kämpfern des „Rechten Sektors“ eingetroffen ist. Im Zusammenhang damit schließen wir mögliche Provokationen in dieser Richtung nicht aus.

de.rt.com: **Nicaragua: Daniel Ortega tritt Präsidentenamt an und verurteilt US-Sanktionen**

Daniel Ortega ist zum fünften Mal als Präsident von Nicaragua vereidigt worden. Die Vereidigung fand auf dem Platz der Revolution in der Hauptstadt Managua statt. In seiner Rede verurteilte der Staatschef die Wirtschaftssanktionen, die die USA gegen sein Land verhängt hatten.

Nach seiner vierten Wiederwahl in Folge ist Nicaraguas Präsident Daniel Ortega am 10. Januar für eine fünfte Amtszeit vereidigt worden. Die Vereidigung fand auf dem Platz der Revolution in Managua statt. Der feierlichen Zeremonie wohnten der venezolanische Staatschef Nicolás Maduro, sein kubanischer Kollege Miguel Díaz-Canel sowie offizielle Delegierte aus Argentinien, Bolivien, Mexiko, Russland und China bei.

In seiner Vereidigungsrede dankte Ortega den ausländischen Vertretern für ihre Anwesenheit bei seinem Amtsantritt. Mit Blick auf die von den USA verhängten Sanktionen sagte der Präsident an die Delegierten:

"Man braucht viel Mut, um hier zu sein und das Völkerrecht zu verteidigen."

Ortega rief seinen US-Amtskollegen Joe Biden auf, auch die Menschenrechte zu achten.

"Die USA müssen die Forderungen des Gesetzes erfüllen. Es ist Zeit, das Volk von Nicaragua zu entschädigen. Wir betteln um keine Almosen. Wir wollen nur Gerechtigkeit. Wir fordern auch, dass die Blockade gegen Kuba und Venezuela aufhört."

Der nicaraguanische Präsident kritisierte darüber hinaus das Vorgehen der USA gegen Migranten aus Zentralamerika. Die Versprechen der Regierung in Washington, die Menschen zu schützen, seien nur leere Worte. Die Verfolgung und die Zahl der Verbrechen gegen die Schutzsuchenden nähmen nur zu. Die USA hätten die Situation zu ändern.

Am selben Tag unterzeichnete das mittelamerikanische Land ein Abkommen über eine Handelskooperation mit China, das Nicaragua das Recht gewährt, sich an dem Projekt der Neuen Seidenstraße zu beteiligen.

Vor der Vereidigung hatten die EU und die USA weitere Sanktionen gegen Unterstützer von Ortega angekündigt, die für Menschenrechtsverletzungen verantwortlich sein sollen. Die Präsidentenwahl in November hatte im Westen für viel Kritik gesorgt, weil mehrere Anwärter für das Präsidentenamt vor der Abstimmung verhaftet worden waren.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2022.01/article/61dd6ad248fbef106b7a4c60.jpg>

snanews.de: **Treffen mit Staatschefsberatern: Selenski erklärt sich zu Verhandlungen um Donbass bereit**

Bei einem Treffen in Kiew zwischen dem ukrainischen Präsidenten Wladimir Selenski und den Staatschefsberatern Deutschlands und Frankreichs, Jens Plötner und Emmanuel Bonn, hat sich Selenski bereit erklärt, sachlich über die Beendigung des Donbass-Konflikts zu verhandeln. Eine entsprechende Mitteilung erschien auf seiner Webseite am Dienstag. Der Besuch fand im Rahmen der vorläufigen Vereinbarungen statt, die Anfang Januar zwischen den Teilnehmern erzielt worden waren.

Es gab einen umfassenden Meinungsaustausch über die Möglichkeiten zur Intensivierung der Zusammenarbeit im Normandie-Format. Präsident Selenski begrüßte die Bemühungen, die die Partner der Ukraine weiterhin unternehmen, um die Vereinbarungen des Pariser Gipfeltreffens vom Jahr 2019 umzusetzen.

„Es ist an der Zeit, sachlich über die Beendigung des Konflikts zu verhandeln, und wir sind bereit, neue Entscheidungen im Laufe eines neuen Gipfeltreffens von den Staats- und Regierungschefs der vier Länder zu treffen“, betonte der ukrainische Präsident.

Die Teilnehmer tauschten sich über die aktuelle Situation aus und setzten ihre Diskussion über die weiteren Schritte zur Regelung des Konflikts fort sowie über die Deeskalation der Lage an den ukrainischen Grenzen.

Der Konflikt in der Region Donbass dauert an. Am 27. Juli 2020 trat an der Berührungslinie zu den abtrünnigen Volksrepubliken ein umfassender Waffenstillstand in Kraft. Die entsprechenden Vereinbarungen wurden im Rahmen der trilateralen Kontaktgruppe getroffen. Kiew, Donezk und Lugansk haben sich verpflichtet, keine Waffen einzusetzen und auf Provokationen zu verzichten. Doch es kam bereits mehrfach zu Zusammenstößen und zum Beschuss besiedelter Gebiete der selbsternannten Volksrepubliken durch Kiews Truppen.



https://cdn1.snanews.de/img/07e6/01/0b/4965047_0:0:2701:1520_1920x0_80_0_0_aab8fa373462790251700ed7091330f9.jpg

**Mil-Inr.su: Pressekonferenz des Offiziers des Pressedienstes der Volksmiliz der LVR
Leutnant A.A. Mikushis am 11.1.22**

Nach Angaben von Beobachtern der Vertretung der LVR im GZKK wurde **in den letzten 24 Stunden eine Verletzung des zweiten Punkts des Komplexes von Zusatzmaßnahmen** zur Verstärkung und Kontrolle des geltenden Regimes der Feueereinstellung festgestellt.

In **Richtung Popasnaja** haben Kämpfer der 24. Brigade von den Positionen in der Nähe von Popasnaja aus auf Befehl des Kriegsverbrechers Postupalskij das Gebiet von **Molodjosnoje** mit Granatwerfern und Schusswaffen beschossen und 17 Granaten abgefeuert. ...

de.rt.com: Kursänderung in der Außenpolitik: Außenminister der Golfstaaten reisen nach China

Nachdem sich die USA schrittweise aus dem Nahen Osten zurückgezogen haben, schlagen die Golfstaaten einen neuen Kurs in ihrer Außenpolitik ein. Die Außenminister Saudi-Arabiens und anderer arabischer Staaten des Nahen Ostens sind diese Woche auf einer diplomatischen Tour in China.

Nach dem chaotischen Abzug der US-Truppen aus Afghanistan mehren sich immer mehr Anzeichen, dass die USA offenbar kein verlässlicher Verbündeter in der Region für die Golfstaaten sind. Die Außenminister Saudi-Arabiens und anderer arabischer Staaten des Nahen Ostens haben sich diese Woche nun auf den Weg gemacht, um nach China zu reisen. Das chinesische Außenministerium gab allerdings keine Einzelheiten zu den Tagesordnungen für die Treffen bekannt. Es gehe darum, die Beziehungen zwischen den beiden Seiten zu "vertiefen", hieß es in einer Erklärung. An der bis Freitag laufenden diplomatischen Mission werden die Außenminister von Saudi-Arabien, Kuwait, Oman und Bahrain sowie der Generalsekretär des Golf-Kooperationsrats teilnehmen.

Auch der iranische Außenminister Hossein Amir-Abdollahian werde Ende dieser Woche nach China reisen, sagte der Sprecher des iranischen Außenministeriums in Teheran am Montag. China und die Golfstaaten haben sich "in Fragen, die ihre Kerninteressen betreffen, gegenseitig nachdrücklich unterstützt und die praktische Zusammenarbeit in verschiedenen Bereichen mit fruchtbaren Ergebnissen gefördert", sagte der Sprecher des chinesischen Außenministeriums, Wang Wenbin, auf der Pressekonferenz am Montag.

Als erster arabischer Außenminister traf sich Faisal bin Farhan Al Saud am Montag mit dem chinesischen Außenminister. Der saudische Außenminister sagte, China sei Saudi-Arabiens wichtiger strategischer Entwicklungspartner und Saudi-Arabien unterstütze nachdrücklich das

"Ein-China-Prinzip" sowie Chinas "angemessene Position" in Hongkong-, Xinjiang- und Menschenrechtsfragen. Saudi-Arabien sei bereit, seine "Vision 2030" mit Chinas Neuer Seidenstraßen-Initiative in Einklang zu bringen sowie die praktische Zusammenarbeit in den Bereichen Öl- und Gasressourcen zu vertiefen. Das berichtet die chinesische Zeitung Global Times am Dienstag.

Die beiden Seiten führten einen intensiven Austausch über bilaterale Beziehungen, praktische Zusammenarbeit und multilaterale Koordination und erzielten einen breiten Konsens, hieß es in der Erklärung des chinesischen Außenministeriums.

Saudi-Arabien gilt als wichtiger westlicher Verbündeter in der Golfregion. Financial Times berichtete kürzlich unter Berufung auf einen hochrangigen US-Beamten, dass Saudi-Arabien in einigen Monaten die Abfangraketen für sein in den USA hergestelltes Patriot-Luftverteidigungssystem ausgeben könnten. Die Meldung kam zu einem Zeitpunkt, als die USA bereits begonnen hatten – nach dem raschen Abzug der US-Truppen aus Afghanistan –, ihr fortschrittlichstes Raketenabwehrsystem sowie Patriot-Batterien aus Saudi-Arabien abzuziehen.

Das Königreich soll laut einem CNN-Bericht mit chinesischer Hilfe auch an eigenen ballistischen Raketen bauen. Dem Bericht zufolge bestätigen Satellitenbilder, dass die Raketen an mindestens einem Standort in der Nähe der Stadt Dawadmi hergestellt werden.



<https://cdn.rt.com/deutsch/images/2022.01/article/61dd51e048fbef18515198ef.jpg>

snanews.de: **Russland legt seine Vorschläge bei Treffen mit USA in Genf dar – Quelle**

Die russische Seite hat beim Treffen mit US-Vertretern in Genf die Sicherheitsvorschläge Russlands eingehend dargelegt, „damit keinerlei Missverständnisse auftauchen“, sagte eine den Verhandlungskreisen nahe stehende Quelle im Gespräch mit SNA.

Moskau brauche eine konkrete Antwort, vor allem im Kontext der Nichterweiterung der Nato, „Kneifereien wären nicht von Interesse“, hieß es weiter.

„Unter den angrenzenden Aspekten ist ihre (US-amerikanische) sture Haltung in Bezug auf die Ukraine hervorzuheben. Es soll heißen, dass man ohne die Ukraine das Thema ihres Nato-Beitritts nicht erörtern werde“, sagte der Gesprächspartner der Agentur.

Er betonte, man sollte sich nicht der Verantwortung entziehen. Es sei klar, dass die Entscheidungen in Washington getroffen würden. Es wäre sinnvoll, sich zu verständigen, sonst würden die Bedrohungen für die globale Sicherheit nur wachsen, resümierte der Gesprächspartner der Agentur.

Russland und die USA haben am Sonntag und Montag in Genf Konsultationen zu den von Moskau vorgeschlagenen Sicherheitsgarantien abgehalten. Darauf sollen eine Sitzung des Russland-Nato-Rates in Brüssel und Konsultationen in den Räumlichkeiten der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) in Wien folgen.

Russland hatte Ende 2021 Entwürfe für einen Vertrag mit den USA und für ein Abkommen mit der OSZE über Sicherheitsgarantien veröffentlicht. Moskau fordert von den westlichen Partnern unter anderem rechtliche Garantien für den Verzicht auf eine weitere Ausdehnung der Nato nach Osten, auf einen Nato-Beitritt der Ukraine und auf den Bau von Militärbasen in ehemaligen Sowjetrepubliken.



https://cdn1.snnews.de/img/07e6/01/0a/4949410_0:0:3443:1938_1920x0_80_0_0_46f1340a05a9613d0e57207ad1501abf.jpg

de.rt.com: **Russische Botschaft in den USA: Washingtons Ansatz zu Truppenzahlen in Europa unlogisch**

Nach den Verhandlungen in Genf hat das Weiße Haus Moskau aufgefordert, dessen "100.000 Soldaten an der Grenze zur Ukraine zurück in die Kasernen" zu verlegen. Die russische Botschaft in Washington wundert sich über die Äußerung und nennt den Ansatz Washingtons unlogisch.

Im Anschluss an die Verhandlungen zwischen Russland und den USA in Genf hat US-Vizeaußenministerin Wendy Sherman im Gespräch mit Journalisten mitgeteilt, Washington hätte der russischen Seite klar gemacht, dass harte Konsequenzen folgen würden, sollte Russland in die Ukraine einmarschieren. Die Sprecherin des Weißen Hauses Jen Psaki sprach ebenfalls vor allem von einer angeblichen russischen Bedrohung für die Ukraine und äußerte die Hoffnung, dass Russland einen "diplomatischen Weg einschlagen" werde. Die USA sollen Moskau bei den Verhandlungen aufgefordert haben, dessen "100.000 Soldaten an der Grenze zur Ukraine zurück in die Kasernen zu verlegen".

Die russische Botschaft in Washington erklärte daraufhin, Russland verstehe die Logik der USA nicht, die einerseits von Moskau fordern, seine Truppen zu verlegen, und andererseits die Frage der Truppenzahlen in Europa nicht diskutieren wollen:

"Wir verstehen die Logik von Vizeaußenministerin Wendy Sherman nicht, die sagt, Russland solle 'seine Truppen in Kasernen zurückbringen oder den USA mitteilen, welche Übungen laufen und was deren Zweck ist', während die USA keinerlei Absicht zeigen, mit uns über ihre Truppenstärke in Europa zu sprechen."

Es sei die Entscheidung Russlands allein, wann und wo man Manöver auf dem eigenen Territorium abhält, hieß es aus der Botschaft. Moskau werde die Übungen auch weiter durchführen, weil sie den Sicherheitsinteressen Russlands entsprechen würden.

Seit Monaten werfen Kiew und die westlichen Staaten Russland angebliche Vorbereitungen auf einen Einmarsch in die Ukraine vor. Die russische Seite erwidert, Moskau habe keine Pläne, andere Staaten anzugreifen. Hingegen zeigt sich Russland über die Aktivitäten der NATO-Staaten, vor allem der USA und Großbritanniens, im Schwarzen Meer in unmittelbarer Nähe der russischen Grenze besorgt und sieht sie als Provokationen an.

In diesem Zusammenhang war Moskau mit Vorschlägen über rechtsverbindliche gegenseitige Sicherheitsgarantien an die Allianz herangetreten. Unter anderem fordert Russland weniger

großangelegte Militärübungen in Europa, eine Rüstungskontrolle sowie das Verbot einer Stationierung von NATO-Waffen auf dem Territorium der Ukraine. Bei den Verhandlungen auf Diplomatenebene in Genf soll die US-Seite erklärt haben, dass einige russische Vorschläge für die USA nicht infrage kämen.



<https://cdn.rt.com/deutsch/images/2022.01/article/61dd866548fbef10765ef698.jpg>